

JU-Chef Doleschal fordert: Klarer Rückzahlplan für Schulden jetzt!

Christian Doleschal fordert Mitte März 2025 einen Schuldenrückzahlplan für künftige Generationen in Deutschland.

Deutschland - Christian Doleschal, der Vorsitzende der Jungen Union (JU) Bayern, hat sich in einer aktuellen Stellungnahme zu den geplanten Schulden der Koalitionspartner Union und SPD geäußert. Während er neue Schulden nicht grundsätzlich ablehnt, fordert er umfassende Einsparungen und Reformen an anderer Stelle sowie einen klaren Rückzahlplan. Doleschal hebt hervor, dass die Schulden nicht zulasten der jungen Generation gehen dürften. Dieses Anliegen wird durch die Diskussion um die **Schuldenbremse** weiter verstärkt, die seit ihrer Einführung 2009 in das Grundgesetz immer wieder zur Disposition steht und als kritisch für die zukünftige finanzielle Stabilität angesehen wird.

In den Sondierungen zwischen den Parteien wurde vereinbart, die geltende Schuldenbremse zu lockern, um höhere Verteidigungsausgaben zu ermöglichen. Diese Einigung sieht zudem die Schaffung eines schuldenfinanzierten Sondervermögens von 500 Milliarden Euro für Infrastrukturprojekte vor. Doleschal äußert jedoch Bedenken gegenüber diesen hohen Summen und betont, dass solche Schulden nur für langfristige, rentierliche Investitionen in Infrastruktur aufgenommen werden sollten. Die Bedeutung von strukturellen Einsparungen ist dabei unerlässlich, um die zukünftige Belastung für die Allgemeinheit zu minimieren.

Nötige Reformen und Generationengerechtigkeit

Doleschal weist außerdem auf die Notwendigkeit hin, ernsthafte Reformen bei den Sozialsystemen durchzuführen. Ein zentraler Streitpunkt in den mehrtägigen Sondierungsgesprächen war auch die Frage nach der Reform des Bürgergelds und dem Umgang mit Migration. Diese Themen sind in der politischen Landschaft Deutschlands besonders heikel und erfordern einen stabilen Konsens zwischen den Parteien.

Ein weiteres wichtiges Element der Diskussion ist die **Schuldenbremse**. Sie wird von Befürwortern als essentielles Instrument zur Begrenzung staatlicher Zinslasten angesehen, während Kritiker argumentieren, dass sie zu Einsparungen auf Kosten zukünftiger Generationen führt. Laut einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Herbst 2023 hat sich diese Debatte weiter verschärft. Historisch gesehen wird die Notwendigkeit von Schuldenbeschränkungen von verschiedenen Philosophen untermauert, die den langfristigen Ausgleich von Staatshaushalten forderten.

Der Investitionsstau in Deutschland

Gleichzeitig besteht ein erheblicher Investitionsstau in Bereichen wie Bildung, Digitalisierung, Klimaschutz, Verkehr und Verteidigung, der dringend adressiert werden muss. Die jetzt angestrebte Reform der Schuldenbremse könnte der zukünftigen Bundesregierung mehr finanziellen Spielraum ermöglichen, um diesen Herausforderungen gerecht zu werden. Die aktuellen Finanzen haben bekanntlich durch die Coronapandemie und den Ukrainekrieg einen massiven Druck erfahren, was die Diskussion um eine Reform umso dringlicher macht.

Während die SPD und die Grünen eine kurzfristige Änderung der Schuldenbremse fordern, hält CDU-Chef Friedrich Merz eine

schnelle Reform für problematisch und möchte zunächst einen „Kassensturz“ über die Finanzlage der Regierung durchführen. Die Union steht vor der Herausforderung, auf Basis der aktuellen Debatte eine klare Position zu finden und gleichzeitig die finanziellen Bedürfnisse der Bürger und der kommenden Generationen zu wahren. Es bleibt abzuwarten, wie die Parteien am Montag handeln werden, wenn die CDU voraussichtlich den Sondierungsergebnissen zustimmen soll.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Deutschland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.pnp.de• www.deutschlandfunk.de• generationengerechtigkeit.info

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de